



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Indirekter Gegenvorschlag zur Minderinitiative auf Zielkurs
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	7. Dezember 2011

Mit einem Vermittlungsantrag bei der hart umstrittenen Frage der Vergütung der Geschäftsleitung haben die Grünliberalen den Weg für einen griffigen und mehrheitsfähigen Gegenvorschlag ermöglicht. Die Aktionäre beschliessen jährlich über die Gehälter der Geschäftsleitung, können jedoch in den Statuten festlegen, ob diese Abstimmung bindend oder konsultativ ist. Damit wird dem Anliegen der Minderinitiative Rechnung getragen. Ein Rückzug des Initianten sollte nun möglich sein. Trotzdem wird der Wirtschaftsstandort Schweiz nicht durch eine Sonderfallregelung gefährdet. Mit den heutigen Entscheiden wird nach langen Irrungen und Wirrungen die Grundlage geschaffen, die Abzockerei durch die Stärkung der Aktionäre sinnvoll zu begrenzen. Gleichzeitig kann für die Unternehmen endlich Rechtssicherheit geschaffen werden. Die Frage einer „Bonisteuer“ soll im Rahmen einer separaten Vorlage nochmals aufgegriffen werden.

Grundsätzlich ist die Genehmigung der Gehälter der Geschäftsleitung im Sinne der Corporate Governance Sache des Verwaltungsrates. Die Initiative Minder will aber die Gehälter in die Kompetenz der Aktionäre legen. Der Nationalrat ist heute einem Vermittlungsantrag der Grünliberalen gefolgt, welcher die beiden Prinzipien pragmatisch verknüpft. Zur Verminderung überhöhter Saläre soll der Beschluss der Saläre zwingend den Aktionären übertragen werden. Die Statuten börsenkotierter Unternehmen müssen dazu überprüfbare Regelungen enthalten. Die Statuten können aber festlegen, ob diese zwingende Abstimmung bindend oder konsultativ sein soll. Der Antrag verknüpft damit die positiven Seiten der Vorschläge der Initiative, des Ständerates und des Nationalrates. Damit wird die Schweiz international nicht zu einem Sonderfall und die Vorlage kann auch für die Wirtschaft als zumutbar unterstützt werden. Die Vorlage entspricht nun einem griffigen und valablen Gegenvorschlag zur Minderinitiative. Die Grünliberalen hoffen, dass dem Initianten damit auch eine Brücke für den Rückzug gebaut wurde. So hat der Gegenvorschlag die meisten Punkte der Initiative erfüllt und ist in einigen Punkten deutlich besser – wird aber nicht durch neue und weitergehende Forderungen unnötig angereichert. Zudem wird der indirekte Gegenvorschlag sofort wirksam, während die Initiative auch nach einer Annahme weitere Jahre zur Umsetzung einer neuen Gesetzesvorlage brauchen würde. Die Grünliberalen werden die Frage der seit längerem in Diskussion stehenden „Bonisteuer“ innerhalb eines möglichen direkten Gegenvorschlages weiterverfolgen und in der vorberatende Kommission an einer tragfähigen Lösung aktiv mitarbeiten. Dabei wird wichtig sein, ob der Vorschlag wirklich zu einer Verminderung der Boni führen kann oder ob die faktische Unternehmenssteuer einfach umgangen werden kann und so zum toten Buchstaben verkäme.